

Pressemitteilung

Senioren-Union zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff, verlangt mehr Klarheit in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. „Deutschland sollte nur noch wirklich schutzbedürftige Flüchtlinge aufnehmen, die mit geklärter Identität und Nationalität einreisen wollen und laut Verfassung Asylrecht genießen.“, sagte Wulff am Donnerstag in Berlin. „Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgewiesen oder abgeschoben werden.“ Wulff appellierte an die CDU, die konservative Programmatik wieder stärker in den Blick zu nehmen. Dazu gehöre neben einem Vollverschleierungsverbot nicht zuletzt auch eine Begrenzung der Zuwanderung in Deutschland. Schließlich könne für eine nachhaltige Regelung des Flüchtlingsproblems nur eine europäische Lösung erfolgreich sein. Wulff erinnerte daran, dass bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 14 Prozent der über 60-jährigen die rechtspopulistische AfD gewählt hätten. Das sei zwar der geringste Anteil aller Altersgruppen gewesen, zeige aber deutlich, dass auch die ältere Bevölkerung verunsichert sei über die Flüchtlingspolitik.

Berlin, 08.09.2016